

ZWEIFEL

Das Volksblatt erscheint jeden Freitag. Sonntags mit der illustrierten Beilage „Wolk und Zeit“. Inzwischentage erscheinen die Hefen des Bildposters. Das Volksblatt ist das Publikationsorgan der gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisations- und amtl. Organisationsvereine. Schriftleitung: Herr 42/44, Folgebände, zwei Treppen, Fernsprech-Nr. 4097, Verlags-Verwaltungsbüro mittags von 12 bis 1 Uhr.

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungsbezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,- Mark einschließlich Zustellungsgebühr. Bei Abnahme 100 Mark, halbjährig monatlich 2 Mark ab Postamt gegen Einzahlung, 2,30 Mark mit Postgebühr, am Postamt abnommt 2,40 Mark. Einzelhefte 10 Pfennig. Bestellungen an den Verleger, Herrn 42/44, Folgebände, zwei Treppen, Fernsprech-Nr. 4097, Verlags-Verwaltungsbüro mittags von 12 bis 1 Uhr.

Was Ihr wollt!

Wollt Ihr Euch den letzten Pfennig Brot vom Munde wegnehmen lassen? Wollt Ihr eine neue Hungerkatastrophe, in Deutschland selbst, gegen Euch aufrichten lassen?
Dann stimmt für die Parteien, die die Agrarwucherzölle wieder einführen wollen! Wählt die Junter, wählt die Nationalen, wählt Eure Todfeinde!
Ein Meer von Hunger, Elend, Krankheit und Verbrechen wird nach der Aufriechtung der Zölle Deutschland überfluten. Die Volksgesundheit wird untergraben, die Nation wird ins Mart getroffen werden.
Wollt Ihr diesen nationalen Aufstand der agrarischen Patrioten? Kennt Ihr die Höhe der geplanten Drohkohleuren?

734 Millionen Goldmark pro Jahr!

Wollt Ihr sie nicht, dann wählt

Sozialdemokraten!

Wähler, denkt daran!

Wahlen und Hygiene.

Von Dr. med. Galen.

Am 7. Dezember wird darüber entschieden werden, ob die Gewalten der Demokratie stehen und ein wahres, aufrechtes Republikanismus künftig in Deutschland weiter leben lassen wird. Der Wahlschein ist aber auch von der höchsten Bedeutung für die Gesundheit der Volksgesamtheit. In den kommenden Jahren. Die Wähler der Reaktion standen von jeder der Beurteilung hygienischer Forderungen mit wenig Verständnis gegenüber. Für geistige und geistlich-hygienische Reformen waren die Reaktionen der alten Deutschen niemals zu haben. In den letzten Jahrzehnten hatte man sich im öffentlichen Leben in der Hauptsache darauf beschränkt, die bakteriologisch-hygienischen Untersuchungen auszuweiten und in größeren Umfang Krankenanstalten zu errichten, deren Einrichtungen aber keineswegs als allenfalls einwandfrei bezeichnet werden können. Für die eigentliche Gesundheitsfürsorge, die sich ja notwendig hauptsächlich auf die proletarischen Schichten erstrecken muß, hatte man nur wenig Interesse, und so steht Deutschland auf diesem Gebiete noch weit zurück hinter zahlreichen anderen Kulturstaaten.

Selbst vielleicht noch ganz gesunde Leute geworden und hätten nicht andere lebensgefährliche Mitleiden mit dem Tuberkuloseinfekt angestrebt. Werde heute aber der Mann, damit heute das Geheiß. So wie es vor Jahren, und so ist es heute auch — daß der hygienische Wert im Reichstag, für andere Zwecke sind Geldmittel vorhanden, reichlich vorhanden; aus das was Dorn hat ein luttam bekanntes „einnehmendes Weien“.

Die Augenklanten, wollt Ihr, daß Eure Besessenen nicht nur die Augenklanten, wollt Ihr, daß Eure Kinder und künftigen Geschlechter von der Tuberkulose — die mit derselben Sicherheit angestreift werden kann, wie das im Mittelalter beim Ausbruch gelang — befreit werden, so könnt Ihr nur einer Partei Eure Stimme geben, derjenigen, deren uralte Aufgabe es ist, das Volkstum mit allen für sie Gebote stehenden Mitteln zu behüten und die soziale Lage der breiten Volksschichten zu heben: der Sozialdemokratie!

Am 7. Dezember geben auch Hunderttausende von Körperlich Behindereten zur Wahl. Unter ihnen viele, die der Rostförmigen Krüppelheit, schreckliche Menschen, die in Friedenstagen der Welt den ersten schmerzhaften, die schon als Kinder und Jugendlichen körperlich gezeichnet wurden. Dazu kommt die riesige Zahl derer, denen in den leidenschaftlich herausfordernden Kriegen schwere Wunden geschlagen wurden, die Gliedmaßen verloren oder Zählungen erlitten, die sich in fernem Gelände verstreuten. Wie alle, die für Opfer Eurer mitleidigen sozialen Lage oder des völkermordenden Militarismus lief: laßt Euch nicht betören von den unumkehrbaren Reden reaktionärer Politiker. Denkt an Euer inneres, körperliches Leid, das Ihr zu tragen habt, und an die Aufgaben dieses Leids. Wie alle, und auch Ihr Hunderttausende von Kriegserkrankten und Kriegserkrankten, die Ihr so fürchterlich Verluste erlitten habt und tragen müßt, die Ihr nur in unzureichender Weise wirtschaftlich entschädigt werdet, bleibt am 7. Dezember Euer Amtort nicht schuldig. Nur die Sozialdemokratie, die sich alle der Bedrückten und wirtschaftlich Schwachen annimmt, wird, wenn sie gewählt wird, den Wahlen entsprechen, inwieweit Euer wirtschaftliche Lage wirklich verbessern zu helfen. Nur sie wird mit allen ihr zur Verfügung liehenden Kräften bemüht sein, daß künftigen Mannern derselben Kräfte vermieden werden. Alle körperlich Behindereten und alle Kriegserkrankten die notwendigen Fürsorge vom Staat erhalten.

Alle, die körperlich und wirtschaftlich leiden, an Männer und Frauen, an jung und alt, eracht daher der Ihr: Wählt, was für Euch das ganze Volk und kommende Geschlechter auf dem Spiele steht! Eure Stimmen müßt Ihr nur der Partei geben, die bereit ist, sich mit höchster Zartfertigkeit für Euch einzusetzen, um Eure soziale Lage zu verbessern: der Sozialdemokratie!

„Reichsflaak“ Bayern.

München, 3. Dezember. (Radomelung.) Die von der Polizei verbotene öffentliche Versammlung mit General v. Schindler fand am 2. d. als geschlossene Versammlung für Mitglieder des Friedensparties und des Reichsbanner statt. Im überfüllten Saale des Generals' ischaues begründete der stürmisch begrüßte General sein Bekenntnis zum Republikanismus und zum Völkertum. Er erklärte zum Schluß, daß auch seine für Donnerstag geplante Versammlung in München verboten worden sei. Dieses inhaltliche Vorzeichen der beherrschenden Regierung ist nicht ohne ein Maß der Willkür, sondern ein Maß der Rücksicht vor meiner Auffassung. Nach der Angabe des Münchener Polizeipräsidenten an eine Proletenabteilung, befanden sich Friedenspartei, Demokraten und Sozialdemokraten, erfolgte das Verbot deshalb, weil der Polizeidirektion auf Zufahren getriebene Mitteilungen ausgegangen seien, wonach die Schindler-Versammlung unter allen Umständen hätte geführt werden sollen. Wäre Bayern schuldig, durch ausreichende Maßnahmen die Versammlung zu schämen und gegen die ihr bekamten Versammlungspremier entsprechend vorzugehen.

Korruption im Kaiserreich.

Je näher der Wahltermin rückt, desto lebhafter werden in der Presse der Kommunisten und der Reichsparlamentarier die Vorwürfe gegen Beamte der Republik, doch sie in moralischer und sozialer Beziehung unzuverlässig und der „Korruption“ zuneigend stark verhöflicht sein. Diese „Vorwürfe“ um die Verantwortlichkeit des öffentlichen Lebens“ steht ja immer gut aus, wenn auch die Klagen in Deutschland, monarchistisch-lager darüber häufig zu lächeln pflegen. Sie wissen ganz genau, wie kurz die Gedächtnis ist, wenn es sich um zweifelhafte Geschäfte ihrer eigenen Anhänger oder um noch viel schlimmeres handelt. Es ist nicht, ihr Gedächtnis zuweilen ein wenig aufzurufen. Wir wollen hier nicht einmal erinnern an den Schienenfahrprojekt und an die merkwürdigen zu einem öffentlichen Standa angestellten Beziehungen eines der Konjunkturisten unter den Korruptionisten, des Theodor Reiten und späteren Politikers General v. Bonhoff, die in den Geschäften der Firma Zippelstein, über Tatsachen die bis in die neueste Zeit reichen und auf die Moral gewisser hart deutsch-nationaler Kreise ein sehr trübes Licht werfen, mögen zu Ruh und Frommen der Mittel hier berichtet werden.

Im Jahre 1913 wurden die Fürsorgebestimmungen für deutsche Arbeiter und ihre Hinterbliebenen in einer auf freilichliche Beiträge angewiesene „Zustiftungsstiftung“ aufgenommen. Um diese Stiftung mit größeren Geldmitteln auszustatten, gründeten die leitenden Verantwortlichen eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter dem Namen „Zustiftungs-Dam G.m.b.H.“, deren Sitzungen allerorts in der Provinz stattfanden. Dem Aufsichtsrat gehörte der Aufsicht und der Aufsichtsratsvorsitzende zu. Diese G.m.b.H. wurde mit einem fiktiven Kapital von 20 000 M. eingetragen. Die erwünschte Zustiftungsstiftung wurde im Februar 1915 in einen eingetragenen Verein umgewandelt, der den Namen „Zustiftungs-Dam G.m.b.H.“ annahm. Nach dessen Eintragung sollte die Mittel des eingetragenen Vereins durch Veräußerung des Reinertrags der „Zustiftungs-Dam G.m.b.H.“ oder ihrer Nachfolger bedacht werden. Diese „Zustiftungs-Dam G.m.b.H.“ verhielt sich an ihren Sitzungen regelmäßig. Der Reinertrag dieser Gesellschaft dem Aufsichtsrat zuzuführen, gelang es der „Zustiftungs-Dam G.m.b.H.“ während des Krieges, sehr bedeutende Geschäfte zu machen, namentlich auch Verträge zu erhalten und umfangreiche Vermittlungsgeschäfte abzuschließen. Als einen „Wohlfahrtsverein“ nach dieser Gesellschaft vom Bundesrat auch noch Steuerfreiheit gegeben worden.

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung wurde errichtet von einem gewissen Haffel und dem General Exzellenz v. Bonhoff, dessen alleiniger Geschäftsführer der General Exzellenz v. Bonhoff war. Jeder Geschäftsführer sollte die Hälfte des Stammkapitals einzahlen, also jeder 10 000 M., aber weder Haffel noch General Exzellenz von der G.m.b.H. haben auch nur einen Pfennig Stammapital geleistet. Während des Krieges hat die Gesellschaft ihre einträgliche Tätigkeit mit einem Betriebskapital von 6000 M., das die vorher bestehende, nicht rechtsfähige „Zustiftungsstiftung“ aus ihren Wohltätigkeits-einnahmen geliehen hatte.

Wenigstens erfindend ist die Art, wie die Zeitgeber dieser Wohltätigkeitsgesellschaft mit bedrückter Haltung aus der allgemeinen Arbeitslosenentwertung ihre Verantwortlichkeit entlasteten. Der Reinertrag der G.m.b.H. sollte dem Gewinn der Gesellschaft zunächst höchstens 10 Prozent einem Reinertrags überwiegen werden, bis dieser die Höhe von 10 Prozent des Stammkapitals erreicht hatte. Danach sollten die Reinerträge der Gesellschaft (die sie gar nicht gemacht hatten) bis 4 Prozent bezinzt werden und ebenso die Geschäftsführer und die Anteilhaber die ihnen zuzurechnende, nicht zahlungsmäßig festgelegte Löhne erhalten und schließlich der Rest des Reinertrags den Wohltätigkeits-einnahmen des Deutschen Luftfahrerverbandes, später dem „Luftfahrers-Dam G.m.b.H.“ zuführen.

Nur der Straussausbruch hatte der Mitbegründer Haffel seine Anteile an der Gesellschaft einem gewissen Auffahrt übergeben, der auf einer Stelle Geschäftsführer der G.m.b.H. wurde. Am April 1915 änderten die beiden Inhaber der G.m.b.H. Auffahrt und General Exzellenz von der Goltz, die Sitzungen über Gesellschaft, wonach außer den vorherverordneten Mäßen für Reinertragsfonds, Verwaltung und Löhnen von dem relierenden Gewinn der Gesellschaft erst 60 Prozent als Betriebskapital der Gesellschaft verwendet und nur die übrigen 40 Prozent dem eingetragenen Verein überwiegen werden sollten!

Um welche Summen es sich dabei handelt, mögen folgende Zahlen erweisen: Vom Herbst 1914 bis 30. Juni 1915 hatte die Gesellschaft einen Reinertrag von 192 000 M., im Geschäftsjahre 1916/17 einen solchen von 7 678,99 M. Der „Luftfahrers-Dam G.m.b.H.“ sollte den Reinertrag der G.m.b.H. für die Sitzungen erhalten sollte, bei den den Gewinn der G.m.b.H. nicht einen Pfennig erhalten. Aus dem Betrieb der Wohlfahrts-einnahmen, die teilweise an das Publikum mit Verleihen des Generals Exzellenz von der Goltz unter der Angabe berichtet wurden, daß der gesamte Gewinn dem „Luftfahrers-Dam G.m.b.H.“ anfallt, hat der letztere nicht das Geringste erhalten. Trotzdem die Einkünfte allein aus den Wohlfahrts-einnahmen sich auf die nette Summe von 672 907,20 M. belaufen. Obenwogen erhielt der „Luftfahrers-Dam“ etwas von den erheblichen Erträgen der Flugzeug des eigenen Bundesverbandes und umfänglicher Sammlungen der jährlichen Jubilare. Aus diesen Gewinnen werden beiderlei sich außer dem genannten Auffahrt noch mehrere „Freiberger“ und auch der General Exzellenz von der Goltz! Dabei berichtete dieser General dem Polizeipräsidenten wiederum, daß



die G.m.b.H. ihren gesamten Reingehalt für sich dem eingetragenen Verein überweist.

Der General Erziehung von der Gols, der nach außen als eigenständiger Reichsanwalt fungierte, bezog außer der Begründung...

Wie der Patriasmus der Bevölkerung zur neuen Verfassung von Bräunertionen benutzt wurde, beweist u. a. auch folgender Vorname:

Die Räumung der Kölner Zone. Ein Kompromiß über den gleichzeitigen Entlass der Ruhr.

Die Räumung der Kölner Zone durch die englischen Truppen wird als die Ausprägung zwischen G.m.b.H. und Herrit...

Wir sind jetzt überzeugt, daß Herrit persönlich die Kölner Zone lieber heute als morgen geräumt sehen möchte, wenn er nicht eine harte Opposition...

Die deutsche Sprache im Elsaß.

Die französische Kammer setzte am Dienstag ihre Beratungen über das Budget Elsaß-Lothringens fort. Im Verlaufe der Aussprache forderte der sozialdemokratische Abgeordnete Herrit...

Studenten für die Republik. Ein Aufruf zur Wahl.

Das statell Republikanische Studenten Deutschlands, dessen Zentrale in München ist und in dem die sozialistischen, demokratischen und zentrums Studentens-Organisationen zusammengefaßt sind...

Deutsche Studenten! Der 7. Dezember wird Deutschlands Schicksalstag. Reiner darf fehlen, wenn es um Deutschlands Zukunft, um Eure Zukunft geht!

Deutsche Justizschande. Schwere Justizverbrechen im Freiburger Aufruhrprozess / Neue Opfer kommunikativer Diktaturmaßnahmen und bürgerlicher Klassenjustiz.

Das Schöffensurteil.

Freiburg, 3. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Am Dienstagmorgen erfolgte die Urteilsverkündung im obersten kommunikativen Prozess vor dem Staatsgerichtshof...

Am Dienstagmorgen erfolgte die Urteilsverkündung im obersten kommunikativen Prozess vor dem Staatsgerichtshof. Die Verhandlung über die Angelegenheit...

In dem Waldstr. Prozess wurde der Angeklagte Weiser zu 3 Jahren Gefängnis und 300 M. Geldstrafe verurteilt, die ebenso wie ein Jahr der Freiheitsstrafe als verbüßt erachtet werden.

Die ungeheuren hohen Strafen, die der Staatsgerichtshof im Freiburger Prozess gegen die kommunikativen Unruhstifter im Spätherbst 1923, in der schlimmsten Zeit des deutschen Währungsverfalls...

Die Tragödie von Kaval.

20 Todesurteile vollstreckt.

Reval, 3. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) In dem kommunikativen Vertriebsprozess wird weiter gemeldet: 20 russische sind von den Verurteilten zu 20 Todesurteilen verurteilt worden.

Die deutsche Sprache im Elsaß.

Diese zwanzig Todesurteile sollten auf dem Konto derselben gemeinsamen polenrussischen Diktatoren, die hier als gleiche freigebliebte Diktatoren...

Die deutsche Sprache im Elsaß.

In den östlichen Grenzgebieten Polens hört es nach wie vor nicht auf, und die deutsche Bevölkerung in diesen Gebieten ist in unruhigen Umständen...

Der schwedische Premierminister Genoffe Branting ist am Dienstag plötzlich infarkt erkrankt. Er wird infolge dessen an der Erhaltung des Reichspräsidenten in Rom nicht teilnehmen.

Wenn man das neueste Schöffensurteil objektiv betrachtet, so kann man sich immer nur wundern über die „geheilte Justiz“ und seitliche Umschlingung höchster Richter in Deutschland. Sie sind so fest und unabhängig von gemeinlichlichen Ideen...

Wer freigesprochen wird.

Am gleichen Tage, als in Freiburg das spanische Urteil gegen verurteilte Arbeiter gefällt wurde, wurde vor einem Berliner Schöffengericht gegen einen deutschen Arbeiter...

Wollt Ihr die Sünger belohnen?

Wer hat es vergessen, das spanische Schicksal? Der deutschen politischen Geschichte, die deutsche nationale Situation...

Um was geht der Kampf?

„Soweit sich die Wirtschaftsgeschichte bisher überdauern läßt, war es die Paradoxie aller Verhältnisse, daß die wirtschaftlichen Möglichkeiten von jetzt, daß die Macht in die Hände der Erpresser gelangt wurde...“

Sparer, Augen auf!

Was hat nicht vor den Karten der Reichstagesprecher...

Die braunen Dummheit für ihre verbrecherische Politik, die sie im kommenden Reichstag weiter fortführen wollen...

Sparer, macht die Augen auf! Die drei Eide sind nichts anderes als die Anerkennung der gesetzlichen Regelung nach der 2. Steuerreform...

Das „nationale“ Internement.

Der Reichsrat hatte u. a. Schiele-Konern, Gannag... Nachtrag nationaler Männer haben von jeher die Situationen...

* Abkündigung der Steuerkanzlei... Die Lohn- oder Gehaltsempfänger werden durch Reformmaßnahmen im amtlichen Zelle...

* Gewinnanteil bei der Sparkasse... Auf einen neuen Gewinn, die gemeinsame Sparkasse der Bevölkerung wieder zu haben...

* Aufgelagerter Saug... In der Großen Wallstraße hatten sich geftern Nacht zum Vernehmlich der Probierbestimmung im Volkstheater...

Die Entschleunigung nicht!

Letzte öffentliche Wählerversammlung

am Freitag, dem 3. Dezember, abends 8 Uhr, im „Dofkaparl“

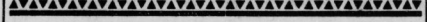
Professor Dr. Waentig-Salle

trpricht über das Thema:

Sozialdemokratie u. Volksgemeinschaft.

In letzter Stunde ruft die Sozialdemokratie noch einmal die Wähler, um die Stimmen zu sichern für die bevorstehende Entscheidung...

Der Vorstand der SPD. Halle.



* Zufammenkunft... Gestern vormittag gegen 10 Uhr stießen vor dem Grundbild Leipziger Straße 36 ein Straßenbahnwagen und ein Personentransportwagen zusammen...

* Schlägende Argumente... gestand man gestern nachmittag auf dem Markt intolge gegenseitiger Anzeigen zwischen einem 14-jährigen Schüler und einem 19-jährigen Mädchen...

* Eine Sanitätskassette verloren... Im Warenhaus Kaufhaus ist vor einiger Zeit eine Sanitätskassette mit Verbandmaterial verloren gegangen...

* Dem getödt der Schäfersohn... Seit dem 22. November hat ein hiesiger Händler einen deutlichen Schäfersohn im Kopf, dessen Aufenthalt nicht feststeht...

Halle'sches Theater- und Kunleben.

Stahltheater. Heute, Mittwoch, 8 Uhr: „Der Jägerbaron“. Donnerst. 7 1/2 Uhr: „Rebela“, dramatisches Gedicht von Friedrich Heiler...

Volksbühne. Im Rahmen der Sonderveranstaltungen werden die Mitglieder gute Villenwohnungen mit Dachterrasse begutachten...

Philharmonie. Professor Arnold Mendelssohn, von dem bereits im letzten Heft die Beilage... Konzerte unter dem Namen der Philharmonie seiner dritten Symphonie...

Aus der Provinz. Unterrichtsfall Kollernberg.

In alle Vertrauensmänner und Parteigenossen! Nur noch wenige Tage trennen uns von 7. Dezember... Die Beschlüsse der Versammlung im Unterrichtsfall von Kollernberg...

Verbote deutschnationaler Herrlichkeit.

Der „Massekämpfer“ veröffentlicht unter der Überschrift: „Die Mitglieder des Reichsausschusses dürfen nicht...“

Kundschreiben an die Herren Betriebsleiter. Betrifft Kündigung und Urlaubsberechnung der Arbeiter bei langjähriger Krankheit...

Klausur.

Bei der Entlassung ist grundsätzlich jeder Urlaubanspruch eines Arbeiters zu erfüllen, und zwar durch Bezahlung der Urlaubslöhne...

Arbeitsunterbrechungen von weniger als sechs Wochen bzw. drei Monaten bleiben bei der Urlaubsberechnung unberücksichtigt... Es heißt der Betriebsleitung...

Bei auf dem Werk erfolgte Unfälle zuzuzählende Krankheitsfälle bei Vernehmung des Urlaubsberechnungs der volle Krankheitszeit...

Mitteldeutsch. Reichshaus.

Das vorstehende Kundschreiben bedeutet noch den Gipfel dessen, was das Internement...

Der Medizinalrat beobachtet Afra. Die Erfahrung, die er hier machte, hat ihm zum erstenmal das Gefühl seiner Jahre...

Das schöne Mädels.

1) Roman von Georg Christoph.

So war es aber nicht, Doktor Kauf, ein C.A.-Koffmanns Korridor und beifühlgiger Stotterer... Sie besahen sich jedesmal, und ein eigenartliches Bild...

So gar es nicht war, denn das Wasser brauchte nun auch die Schwelmer mitgebracht habe... So war es aber nicht, Doktor Kauf, ein C.A.-Koffmanns Korridor...

Afra kam, aber Afrejens würde nun, daß die Reue auf sie zu stark geworden war...

Die forpulte und etwas dore Medizinalrätin empfieng die neues Hausmädchen...

In einer langen Ehe hatte sie sich zur Stiefmutter retten müssen. Afrens empfindliches Gemüt sah sich inständig vor dieser Frau...

Afra zeigten sich auch die Zeichen des Alters. Nun wurde es Afrika moßer...

Von Afrika wurde sie entzückt. Die heimliche Eifersucht ihrer Mutter spürte sie nicht...

Afreja war sehr glücklich über Afrens Erholung. Afres Soene um den Medizinalrat schenkte immer mehr...

Doch Afrika geriet in keine falsche Stellung. Afrens brachte sie nicht erst zu wehren... Ich bin doch ihr Mädchen, sagte sie immer wieder...

Die Erfahrung, die er hier machte, hat ihm zum erstenmal das Gefühl seiner Jahre... Die Erfahrung, die er hier machte, hat ihm zum erstenmal das Gefühl...

Es war nicht Stiefelerei, sondern herzliches Empfindnis. Er aber erriet es lebhaft, denn er sie traf...

Eines aber konnte Amadeus Schwert nicht überhören. Afres Stiefmutter wurde auch von seinen Patienten erkannt...

Er Student und der Baron konnten ihrer Art. Sie führten Amadeus Schwert. Deshalb wagten sie lange ihre Anwesenheit...

Afra wurde ein polnischer Student, und Baron Gernershausen, der rheinische Weinzeugler...

Die Erfahrung, die er hier machte, hat ihm zum erstenmal das Gefühl seiner Jahre... Die Erfahrung, die er hier machte, hat ihm zum erstenmal das Gefühl...

Wahllokale zur Reichstags- und Landtagswahl.

Die Wahlen zum Deutschen Reichstag am Sonntag, den 9. Dezember 1924, in der Zeit von 9 Uhr bis 6 Uhr, die Wahllokale werden zu beiden Wahlen anlässlich hergestellt und enthalten alle diejenigen Kreiswahlbezirke, die Wahlberechtigten hat bei der Stimmabgabe durch ein Kreuz oder Unterscheiden oder in sonst erkennbarer Weise den Kreiswahlbezirk zu bezeichnen, dem er seine Stimme geben will. Stimmzettel, die dieser Bestimmung nicht entsprechen, sind unzulässig. Um Beeinträchtigungen zu vermeiden, sind die Wahllokale für die Reichstagswahl und die für die Landtagswahl aus räumlichen Gründen getrennt. Diejenigen Wähler, die sich Anfang Mai bezogen sind, wählen in dem Bezirk, in dem sie am 4. Mai die Wahlrechte ausübten berechtigt waren.

Wählend werden die Wähler nach der Stimmabgabe, die für diese Zwecke bestimmten Abstimmbriefe vorlegen und deren Inhalt vorlesen sollte die bestimmene Wahlart für öffentlichen Kenntnis gebracht:

1. Bezirk: Anagnin, Bahnhofstr., Stadthausstr. 2. Göttsche, 3. Höfener Str., 4. Möbeler Str., 5. Weststr., 6. Opfener Str., 7. Petersberg, 8. Weststr., 9. Plan, 10. Baalstr., 11. Schulstr., 12. Schulstr., 13. Krotzer, 14. Krotzer Str., 15. 7. Weststr., 16. Restaurant, 17. Weststr., 18. Weststr., 19. Weststr., 20. Weststr., 21. Weststr., 22. Weststr., 23. Weststr., 24. Weststr., 25. Weststr., 26. Weststr., 27. Weststr., 28. Weststr., 29. Weststr., 30. Weststr., 31. Weststr., 32. Weststr., 33. Weststr., 34. Weststr., 35. Weststr., 36. Weststr., 37. Weststr., 38. Weststr., 39. Weststr., 40. Weststr., 41. Weststr., 42. Weststr., 43. Weststr., 44. Weststr., 45. Weststr., 46. Weststr., 47. Weststr., 48. Weststr., 49. Weststr., 50. Weststr., 51. Weststr., 52. Weststr., 53. Weststr., 54. Weststr., 55. Weststr., 56. Weststr., 57. Weststr., 58. Weststr., 59. Weststr., 60. Weststr., 61. Weststr., 62. Weststr., 63. Weststr., 64. Weststr., 65. Weststr., 66. Weststr., 67. Weststr., 68. Weststr., 69. Weststr., 70. Weststr., 71. Weststr., 72. Weststr., 73. Weststr., 74. Weststr., 75. Weststr., 76. Weststr., 77. Weststr., 78. Weststr., 79. Weststr., 80. Weststr., 81. Weststr., 82. Weststr., 83. Weststr., 84. Weststr., 85. Weststr., 86. Weststr., 87. Weststr., 88. Weststr., 89. Weststr., 90. Weststr., 91. Weststr., 92. Weststr., 93. Weststr., 94. Weststr., 95. Weststr., 96. Weststr., 97. Weststr., 98. Weststr., 99. Weststr., 100. Weststr.

11. Bezirk: Adolphstr., Gr. Brunnenstr., 12. Adolphstr., 13. Adolphstr., 14. Adolphstr., 15. Adolphstr., 16. Adolphstr., 17. Adolphstr., 18. Adolphstr., 19. Adolphstr., 20. Adolphstr., 21. Adolphstr., 22. Adolphstr., 23. Adolphstr., 24. Adolphstr., 25. Adolphstr., 26. Adolphstr., 27. Adolphstr., 28. Adolphstr., 29. Adolphstr., 30. Adolphstr., 31. Adolphstr., 32. Adolphstr., 33. Adolphstr., 34. Adolphstr., 35. Adolphstr., 36. Adolphstr., 37. Adolphstr., 38. Adolphstr., 39. Adolphstr., 40. Adolphstr., 41. Adolphstr., 42. Adolphstr., 43. Adolphstr., 44. Adolphstr., 45. Adolphstr., 46. Adolphstr., 47. Adolphstr., 48. Adolphstr., 49. Adolphstr., 50. Adolphstr., 51. Adolphstr., 52. Adolphstr., 53. Adolphstr., 54. Adolphstr., 55. Adolphstr., 56. Adolphstr., 57. Adolphstr., 58. Adolphstr., 59. Adolphstr., 60. Adolphstr., 61. Adolphstr., 62. Adolphstr., 63. Adolphstr., 64. Adolphstr., 65. Adolphstr., 66. Adolphstr., 67. Adolphstr., 68. Adolphstr., 69. Adolphstr., 70. Adolphstr., 71. Adolphstr., 72. Adolphstr., 73. Adolphstr., 74. Adolphstr., 75. Adolphstr., 76. Adolphstr., 77. Adolphstr., 78. Adolphstr., 79. Adolphstr., 80. Adolphstr., 81. Adolphstr., 82. Adolphstr., 83. Adolphstr., 84. Adolphstr., 85. Adolphstr., 86. Adolphstr., 87. Adolphstr., 88. Adolphstr., 89. Adolphstr., 90. Adolphstr., 91. Adolphstr., 92. Adolphstr., 93. Adolphstr., 94. Adolphstr., 95. Adolphstr., 96. Adolphstr., 97. Adolphstr., 98. Adolphstr., 99. Adolphstr., 100. Adolphstr.

21. Bezirk: Oststr., 22. Oststr., 23. Oststr., 24. Oststr., 25. Oststr., 26. Oststr., 27. Oststr., 28. Oststr., 29. Oststr., 30. Oststr., 31. Oststr., 32. Oststr., 33. Oststr., 34. Oststr., 35. Oststr., 36. Oststr., 37. Oststr., 38. Oststr., 39. Oststr., 40. Oststr., 41. Oststr., 42. Oststr., 43. Oststr., 44. Oststr., 45. Oststr., 46. Oststr., 47. Oststr., 48. Oststr., 49. Oststr., 50. Oststr., 51. Oststr., 52. Oststr., 53. Oststr., 54. Oststr., 55. Oststr., 56. Oststr., 57. Oststr., 58. Oststr., 59. Oststr., 60. Oststr., 61. Oststr., 62. Oststr., 63. Oststr., 64. Oststr., 65. Oststr., 66. Oststr., 67. Oststr., 68. Oststr., 69. Oststr., 70. Oststr., 71. Oststr., 72. Oststr., 73. Oststr., 74. Oststr., 75. Oststr., 76. Oststr., 77. Oststr., 78. Oststr., 79. Oststr., 80. Oststr., 81. Oststr., 82. Oststr., 83. Oststr., 84. Oststr., 85. Oststr., 86. Oststr., 87. Oststr., 88. Oststr., 89. Oststr., 90. Oststr., 91. Oststr., 92. Oststr., 93. Oststr., 94. Oststr., 95. Oststr., 96. Oststr., 97. Oststr., 98. Oststr., 99. Oststr., 100. Oststr.

31. Bezirk: Anagnin, 32. Anagnin, 33. Anagnin, 34. Anagnin, 35. Anagnin, 36. Anagnin, 37. Anagnin, 38. Anagnin, 39. Anagnin, 40. Anagnin, 41. Anagnin, 42. Anagnin, 43. Anagnin, 44. Anagnin, 45. Anagnin, 46. Anagnin, 47. Anagnin, 48. Anagnin, 49. Anagnin, 50. Anagnin, 51. Anagnin, 52. Anagnin, 53. Anagnin, 54. Anagnin, 55. Anagnin, 56. Anagnin, 57. Anagnin, 58. Anagnin, 59. Anagnin, 60. Anagnin, 61. Anagnin, 62. Anagnin, 63. Anagnin, 64. Anagnin, 65. Anagnin, 66. Anagnin, 67. Anagnin, 68. Anagnin, 69. Anagnin, 70. Anagnin, 71. Anagnin, 72. Anagnin, 73. Anagnin, 74. Anagnin, 75. Anagnin, 76. Anagnin, 77. Anagnin, 78. Anagnin, 79. Anagnin, 80. Anagnin, 81. Anagnin, 82. Anagnin, 83. Anagnin, 84. Anagnin, 85. Anagnin, 86. Anagnin, 87. Anagnin, 88. Anagnin, 89. Anagnin, 90. Anagnin, 91. Anagnin, 92. Anagnin, 93. Anagnin, 94. Anagnin, 95. Anagnin, 96. Anagnin, 97. Anagnin, 98. Anagnin, 99. Anagnin, 100. Anagnin.

55. Bezirk: Anagnin, 56. Anagnin, 57. Anagnin, 58. Anagnin, 59. Anagnin, 60. Anagnin, 61. Anagnin, 62. Anagnin, 63. Anagnin, 64. Anagnin, 65. Anagnin, 66. Anagnin, 67. Anagnin, 68. Anagnin, 69. Anagnin, 70. Anagnin, 71. Anagnin, 72. Anagnin, 73. Anagnin, 74. Anagnin, 75. Anagnin, 76. Anagnin, 77. Anagnin, 78. Anagnin, 79. Anagnin, 80. Anagnin, 81. Anagnin, 82. Anagnin, 83. Anagnin, 84. Anagnin, 85. Anagnin, 86. Anagnin, 87. Anagnin, 88. Anagnin, 89. Anagnin, 90. Anagnin, 91. Anagnin, 92. Anagnin, 93. Anagnin, 94. Anagnin, 95. Anagnin, 96. Anagnin, 97. Anagnin, 98. Anagnin, 99. Anagnin, 100. Anagnin.

„GUTE BUTTER“

Margarine wie gute Butter!

Trustfrei.

Generalvertreter: R. Otto Barthel, Halle a. S., Bureau u. Lager mit Gleisanschluss: Delitzscher Str. 90

Fernsprecher Nr. 1315.

Beamte und Wahlen.

Von Albert Falkenberg.

Die Wahlen stehen kurz bevor. Es muß etwas getan werden, um die Wähler wahrfreudig zu stimmen. Fragen, die monatelang unüberhörbar schallen, werden in einer Kabinetsitzung in entgegenkommender Weise geregelt. Steuererleichterungen werden beschlossen. Die dem Reichshaushalt entgehenden Beträge werden als Kredit erschlossen. Vor aller Augen gerückt, Märketz ist erfrischend, nur muß man verlangen, daß sie liberal und auch dann geschaffen wird, wenn es sich um Zuwendungen des Reichs an die besitzenden Kreise des Volkes handelt. Hat es aber nicht erst — um ein Beispiel herauszugreifen — des Bundes sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter bedurft, um den Schiefer zu lästern, der die maßgebende Höhe der Rückzahlungen aus der im August 1923 beschlossenen Landabgabe den Wählern der Öffentlichkeit entzog? Rund 25 Millionen Goldmark sind in der Zeit vom März bis Juli 1924 von dem Gesamtanfall aus der Landabgabe in die Taschen der Großagrarier zurückgeflossen, weil sie die Ueberzahlung der Vermögenssteuer nachweisen konnten. Ähnlich, wenn die Steuerzahlungen nicht ein Viertel der wirklichen Goldmark betrug. In jedem Falle haben sie — wie die Besitzenden überhaupt — es verstanden, Vorteile aus der Bezahlung der Wahlen zu ziehen. Nach der furchtbaren Wutentzündung durch die Inflationskrisis werden nun Verzugungsschritten bedacht. Nicht zuletzt auch an die Beamten. Man darf es nicht ganz mit ihnen vergleichen. Wahlen sie doch — nach Lupo Brentano — zu deren Schicksal, die wie alle Lohnempfänger, durch die Währungsinstabilität nahezu zerschlagen wurde. Auch sie sollen vor dem Wahlen noch einmal die Liebe des Staates zu spüren bekommen. Eine „maßvolle“ Erhöhung der Gehälter wird in Aussicht gestellt, und der Abschluß des Beamtenabbaus wird verhindert. Selbst die hohe Verwaltungsbürokratie lenkt ein und läßt die Spitzenorganisationen zu Verhandlungen in den Bestrafung des Reichsanwalts. Im Reichsministerium des Innern liegt der Entwurf eines Beamtenentwurfes bereit — nicht zum ersten Male, vielleicht auch nicht als letzter Versuch, das Problem der Demokratisierung der Verwaltung unter dem Witz juristischen Formalismus zu lösen. Alles schon dogemien. Ammerlein, als wenn in Ordnung, und es besteht nach Meinung der Regierungskreise kein Anlaß für die Beamten, radikal zu werden wegen der bescheidenen beamtenpolitischen Standes des letzten Jahrganges, oder gar berechtigten Unmut in Sozialökonomie umzuwandeln. Ob es gelingen wird, durch Maßnahme die in der Beamtenpolitik im Lande und nicht zuletzt in Berlin festzuhaltende Härte zu dämpfen? Wer an den in der letzten Woche in Berlin veranstalteten Protestversammlungen der freigezweigtlich organisierten Beamten und der Angehörigen des Reichlichen Polizeibeamtenverbandes die Temperatur des Mißbehagens der Beamten wahrte, müßte mit seiner Unterlegung zu dem Ergebnis kommen, daß etwas faul ist im Staats Dünemars und daß vielleicht doch nicht von den Beamten im Regierungszentrum geholt werden wird, wie die amtlichen Stellen es wahr haben möchten.

— weiter mit der lägenhaften Parole: Die wieder Sozialdemokratisch gestützt werden? Die Illusion von rechts und von links müssen am 7. Dezember die Quittung für ihr verbrecherisches Handeln an der Republik erhalten. Auch nach dem Dezemberwahlen werden sie nicht ruhen, durch ihre Debarbeit die Leidenlosen im Volke aufzuwecken. Immer neue „Dolchstöße“ werden sie erfinden, um die Köpfe zu verwirren. Können wirklich noch deutsche Beamte diesen schmutzigen Beamtenkreuzen Gefolgschaft leisten, nachdem auch sie festgenommen wurden, wozu die Reize geht? Ein ungeheures Maß politischer Vertrauens ist durch die falsche Einleitung der deutschen Verwaltungsbürokratie vertan worden, zum Schaden der Republik. Die Zeit muß vorbei sein, in der die Schleppentiere des obrigkeitlichen Systems von den Händen von hunderttausenden Beamten der unteren und mittleren Beamte ihre egoistischen Ziele verfolgen konnten. Beamte, wehr Euch — macht aber Schlagwortpolitik ein Ende: Wählt für die Republik! Wählt sozialdemokratisch!

Heerchau der hallischen Beamtenchaft.

Beamtenversammlung im „Wintergarten“.
Gestern Abend sprach der Genosse Lehner (Berlin) vor vollbesetztem Saale. Den Eingang seiner Rede bildete ein Rückblick auf den überwindenen Oberrhein. Die schließliche müßte unter andere Beamte als willige Werkzeuge zur Unterdrückung der sogenannten unteren Bevölkerung in den Händen von hunderttausenden Beamten der unteren und mittleren Beamte ihre egoistischen Ziele verfolgen konnten. Beamte, wehr Euch — macht aber Schlagwortpolitik ein Ende: Wählt für die Republik! Wählt sozialdemokratisch!

Heute Mittwoch, den 3. Dezember 1924, abends 8 Uhr, in Cröllwitz (Bergsdienke)

Wähler-Versammlung

Genosse Alfred Deininger (Halle) spricht über:

Erfüllung oder Untergang

Alle Wähler und Wählerinnen des Stadtteils Cröllwitz müssen an dieser Versammlung teilnehmen.

Die Wähler sind die Beamten am 7. Dezember einsteilen.
Selbst die kurze Zeitpanne zwischen 4. Mai und Reichstagsauflösung hat ihnen, wie betriebsfälligen Mehrheit unter Berufsgruppen, die Augen geöffnet. Auch der politisch Indifferenten mußte spüren, daß dieses parlamentarische Schachspiel nur agiert werden konnte, weil die letzten Auswirkungen der Kriegs- und Revolutionspsychologie am 4. Mai den Wählern so gabelndes Volksgewissen gerührt hatte. Was die Beamten betrifft, so ist der Vorwurf, auch sie hätten auf falsche Fährten getreten, nicht weniger berechtigt als bei anderen Bevölkerungsschichten gegenüber erhobene Ansprüche politischer Betätigung. Allerdings, sollten die Beamten am 7. Dezember den Wählern ein Wort entgegenbringen, dann haben sie ihre Pflicht nicht nur vorübergehend, sondern für alle Zeiten erfüllt, vielleicht für immer verloren.

Die in Vorbereitung befindliche Personalordnung der Reichsbahn sollte auch den Beamten die Augen öffnen, die sie als so lebendige Geste für die ewige Unantastbarkeit ihres Berufsbeamtenstandes eingetreten sind bemüht. Aber das Reichsbeamtengesetz ist nur ein Teil des Dames- und Adelsstandes. Auch die übrigen Gesetz der Sonderdienstleistungen greifen tief ein in die Beamtenpolitik. Oder ist die durch diese Gesetz herausgeföhrene Verteilung nicht auch für die Beamtenwirtschaft von ausschlaggebender Bedeutung? Die Proletarisierung der Beamten ist so weit vorgeschritten, daß sie in ihrer Gesamtheit nicht mehr als die Trabanten der bestehenden Klasse die Politik dieser Gesellschaft mitmachen können, wenn sie nicht vollends unter den Schillern zerfallen wollen. Die ihnen in der Veränderung falschen Lebensismus empfindliche Wirtschaftspolitik läßt keinen Raum für wirtschaftliche und sozialen Aufstieg der Beamtenmassen. Letzten Endes entscheidet über den Bestand der Republik nicht eine dünne Herrenschicht, sondern die Mehrheit der arbeitenden Volkess. Lassen sich die Beamten als Organe zur Verwirklichung der Herrschaftsgelüste mitbrauchen, dann geben sie die letzten, aus der politischen Umwälzung in diese Zeit aufsteigender politischer und sozialer Reaktion hindurchgesetzten Anreize auf eine grundgebende Neuordnung ihrer eigenen Angelegenheiten preis.

Es ist nötig, daß die Beamten vor dem Wahltage über die politischen Zusammenhänge mit sich ins reine kommen. Ganz falsch ist es, an dem Hinsto der letzten Jahre den Wert der Republik abzumessen. Wie kann man nicht der Republik die Befreiung der Lage als erwarren, solange nicht die Volksmehrheit bereit ist, republikanischen Geist in die Tat umzusetzen? Es bedarf eines sehr einfachen Gedankenganges, um festzustellen, daß der Sozialismus weniger Opfer macht, wenn alle gewonnen sollen. Die Ständen des alten Reichstages haben gezeigt, daß die verschiedenen Mehrheiten nicht fähig waren, allen zu helfen. Auch die Beamten haben während der kurzen Reichstagsperiode Hinsto auf Hinsto ertitten. So gut wie durch alle Maßnahmen wurden sie mit an erster Stelle gefährdet. Alles war bluff oder unerschütterter Versuch, die Massen niederzuringen: Die Abwälzung der Kriegsschulden auf die arbeitende Bevölkerung und die Entlassung des Volkes — die soziale Reaktion mit dem Ziel der Anrechnung aller Arbeitnehmer — der Absolutismus im Staate und das Zerrennen im Reich. Daneben machte sich eine nationalpolitische Bewußtsein breit, die geeignet war, die deutsche Sache nicht im eigenen Lande zu diskreditieren, sondern auch in den Augen des Auslandes herabzusetzen.

Soll das so bleiben? Sollen die gleichen Kampfmethoden bevorzugt werden? Sollen die Beamten — ausgerückt die Beamten

Reichsministeramt als ein Argument für die Höhe der Reallohn denuten. Hier muß unbedingt eine Mäßigung herbeigeführt werden. Es ist zu hoffen, daß sie ersichtbar ist. In anderen Fällen werden die Gewerkschaften ihre Stellungnahmen aus Reichsministeramt zu mittels für eine entsprechende Anwendung der Differ durch die Unternehmer für die Zukunft umständlich wird.

Zuziehung der Gewerkschaften bei künftigen Handelsvertragsverhandlungen.

Die Gewerkschaften hatten unter der Führung des ADGB in der letzten Zeit sowohl mit dem Reichsministeramt als auch mit dem Auswärtigen Amt über die Frage der Hinzuziehung von Gewerkschaftsvertretern zu den Handelsvertragsverhandlungen verschiedene Besprechungen. Am Dienstag wurde daraufhin dem ADGB, und den übrigen gewerkschaftlichen Spitzenverbänden vom Auswärtigen Amt mitgeteilt, daß die Reichsregierung bei den künftigen Handelsvertragsverhandlungen der Zuziehung der Gewerkschaften entgegenkommt wird. Die Gewerkschaften sollen namentlich ihre Vertreter benennen. Diese sollen aus geeigneter Zeit die Einladung an den Verhandlungen zugehen lassen.

Damit hat die Reichsregierung nachgefolgt, was sie von allem Anfang an nicht nur aus Gründen der Billigkeit, sondern auch im Interesse der Handelsvertragsverhandlungen selbst hätte tun müssen. Es ist nicht mehr als selbstverständlich, daß bei den Verhandlungen, wenn sie nicht mit ihren Beamten allein die Verhandlungen führen will, Sachverständige nicht nur aus dem Kreise der Unternehmer, sondern auch aus den Gewerkschaften hinzuziehen muß. Die Vertreter der Gewerkschaften bilden bei den kommenden Handelsvertragsverhandlungen eine wertvolle Ergänzung der Sachverständigen der Unternehmer. Die Verhandlungen werden besser als die Unternehmerverhandlungen die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Faktoren, die doch im Zusammenhang mit dem Weltmarkt von Tag zu Tag eine wichtiger Rolle spielen, bei den Verhandlungen im Auge behalten. Bei den Handelsvertragsverhandlungen handelt es sich nicht lediglich um Probleme der Warenproduktion, sondern auch um den großen Einfluß der sozialpolitischen Voraussetzungen zwischen den einzelnen Ländern. Es ist deshalb nur zu begrüßen, daß bei den künftigen Handelsvertragsverhandlungen auch die Sachverständigen der Gewerkschaften ein Wort mitreden werden.

Umwicklung erwerbsloser Ruhrbergarbeiter.

Am 3. Dezember, 8. Dezember. (Gg. Drahtbericht.) Im Laufe der letzten Monate konnten etwa 600 Bergarbeiter im Zuge des Umwicklungsverfahrens und gerichtlicher Verfahren in das neue nach den aufnahmefähigen Boden des nördlichen und westlichen Ruhrgebietes des Ruhrgebietes und mehrere hundert in das Ruhrgebiet der Ruhrgebietes vermittelt werden. Die Schwierigkeiten für eine weitere Umwicklung der erwerbslos gewordenen Bergarbeiter beschränkt ist in den künftigen Wochenberichten zu sehen. Gegenwärtig wird die Zahl der noch Arbeit findenden Bergarbeiter im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet auf etwa 11 000 angegeben.

Der kommunistische Einheitsfront-Termin.

Es sind vielmehr zwei Termine, die die SPD-Funktionäre für die Durchführung der gewerkschaftlichen „Einheitsfront“ festgelegt hat: der Termin für die Funktionäre der SPD, und einen für die Mitglieder.

Am 1. Dezember läuft für viele kommunistischen Funktionäre der letzte Termin ab, wozu er gemäß dem letzten Parteipolitischen Bescheid der SPD, gewerkschaftlich organisiert sein muß. Sie müssen also bestimmt und selbstbestimmt die Gründe außerhalb der Gewerkschaften hand. Diesen Bescheid nachkommen ist. Doch unter diesem Bescheid verbergen sich, daß wenn irgend möglich, nur die freien Gewerkschaften in Frage kommen, ist bekannt. Jeder Kommunist hat, jede kommunistische Parteiorganisation oder Stelle hat aber die Pflicht, seine Funktionäre zu kontrollieren. Wie aber werden diese kommunistischen Mitglieder wissen muß, daß es ab 1. Februar kein gewerkschaftlich organisiertes SPD-Mitglied mehr geben kann.

Ganzelt es sich darum, die kommunistische Aktion zur Schwächung der Gewerkschaften weitgehend zu einem kleinen Teil zurückzuführen, dann wären diese Maßnahmen in der Arbeiterschaft die Schuld aufkommen. Einmal ist die Funktionäre der SPD die Parteile der kommunistischen Partei hat diese besetzten Beschlüsse nicht etwa gefasst, um den Gewerkschaften zu mißtrauen, sondern um den Interessen ihrer Partei zu dienen. Als großes Kennzeichen der kommunistischen Parteipolitik gegen die Gewerkschaften die Aktion der SPD, die Funktionäre der SPD wird die deutsche Gewerkschaftsbürokratie bezeichnet, das heißt die von der überworfen Wehrmacht der Gewerkschaftsfunktionäre wählen Leiter der Gewerkschaften, die durchweg seit Jahrzehnten, vielfach seit einem Vierteljahrhundert in der Gewerkschaftsbürokratie herangezogen sind. In ihrer Bestimmung sei der kommunistische Einfluß, die revolutionäre Auffassung unter den Gewerkschaftsmitteln nötiger denn je.

Nun, die Gewerkschaften haben inzwischen auch die üblichen Erfahrungen machen müssen mit dem jahrelangen gleichzeitigen Anstreben der Gewerkschaften der SPD und der Funktionäre der SPD, deren eigenen Machtheben. Sie werden diese Erfahrungen zu verwerfen wissen und die Spekulationen der oberweltlichen Postfater Fikale in Berlin unter der falschen Flagge der Einheitsfront zurückzuweisen. Wie die Gewerkschaften jedes Mißbehagen begrüßen, das mit ihnen für ihre Sache ein gleiches Singspiel ist, werden sie jeden Quaxtreiber, sei es aus Realismus oder Verachtung, der SPD zurückdrücken, damit er sich voll und ganz ihrer Partei widmen kann.

Schiedspruch für das Handels- und Transportgewerbe.

Der Schlichtungsausschuss für Halle und Saalekreis sollte in der Sache für Lohnbewegung der Handels- und Transportgewerkschaften eine einstimmigen Schiedspruch abzugeben, daß ab Sonntag, den 30. November, durchgehend eine Lohnzulage von 8 Pf. zu zahlen sei.

Die Vertreter des Deutschen Verkehresbundes nahmen den Spruch an, während der Standhubs des Arbeitgeberverbandes auf der Stelle abblieb.

Von Arbeitnehmerseite ist nunmehr sofort die Verbindlichkeitsklärung des Spruches beim Schlichter in Magdeburg beantragt worden. Man darf gespannt sein, ob der Schlichter ebenfalls sagt, die Verbindlichkeit abzuheben. Sollte letzteres eintreten, werden diese Entscheidung eine direkte Verhandlung der kommenden Arbeiter und Arbeitnehmer, die wohl die Schlichter begehrt zurzeit noch aufzuweisen haben.

Kalenderstreik im Elsaß. Dem „Reit Rationen“ wird aus Füllhauer (Elsass) gemeldet, daß die Gewerkschaften der Kalte bezugweise für Mittwochmittag für die Bezugsstelle des Bezirks Oberelben den Streik angezeigt hätten, da die Verhandlungen eine Lohnbewegung gefordert seien.

Der Konflikt zwischen den elsaß-Lothringischen Eisenbahnern und der Dreyhan hat eine Veränderung erfahren. Die Eisenbahnern sind nunmehr, eine Delegation ernannt, die sich an Verhandlungen mit dem Reichsministeramt angeschlossen hat. Das ist von der Direktion der elsaß-Lothringischen Eisenbahnen verbindlich worden, indem sie sich weigerte, den sechs von den Beamten und Angestellten gewählten Delegierten Urlaub zu erteilen. Die Eisenbahnern haben sich darauf festgelegt, an das Ministerium gewandt.

Beurlaubung des Inder-Schwinds.

Im Reichsministeramt fand am 2. Dezember wieder eine Sitzung der Reichsindexkommission statt. Sie befaßte sich mit der grundsätzlichen Beurlaubung des Inder. Der Ingenieur Bundesrat für Landbesitzlichen. Immer noch in den künftigen vergangenen Tagen ebenfalls getaht. Man will den alten Inder als Grundbesitzer weiterführen und darauf einen erweiterten, den wirtschaftlichen Lebensverhältnissen der Arbeiter besser entsprechende Inder ansetzen. Es ist aber noch völlig offen, ob die Beurlaubung in dieser Richtung erfolgt. Die Arbeiter werden wegen der Aufstellung, daß es gefährlich wäre, einen neuen Parallelinder auf verbesserter Grundlage zu schaffen. Die Vorschläge, die von allen Seiten gemacht wurden, werden bei einem engeren Arbeitsanfang geprüft, an dem für die freien Gewerkschaften Sein und Sein werden. Das Ergebnis dieses Aufschusses und der künftigen Verhandlungen, die das Reichsministeramt auf Grund der neuen Vorschläge zu machen hat, wird abzuwarten sein, eine positive Stellung zur neuen Bildung des Reichsindex genommen werden kann. Die Arbeitnehmer können auf keinen Fall mehr bilden, daß die Unternehmer einen unzureichenden Inder des

Beurlaubung des Inder-Schwinds.

Im Reichsministeramt fand am 2. Dezember wieder eine Sitzung der Reichsindexkommission statt. Sie befaßte sich mit der grundsätzlichen Beurlaubung des Inder. Der Ingenieur Bundesrat für Landbesitzlichen. Immer noch in den künftigen vergangenen Tagen ebenfalls getaht. Man will den alten Inder als Grundbesitzer weiterführen und darauf einen erweiterten, den wirtschaftlichen Lebensverhältnissen der Arbeiter besser entsprechende Inder ansetzen. Es ist aber noch völlig offen, ob die Beurlaubung in dieser Richtung erfolgt. Die Arbeiter werden wegen der Aufstellung, daß es gefährlich wäre, einen neuen Parallelinder auf verbesserter Grundlage zu schaffen. Die Vorschläge, die von allen Seiten gemacht wurden, werden bei einem engeren Arbeitsanfang geprüft, an dem für die freien Gewerkschaften Sein und Sein werden. Das Ergebnis dieses Aufschusses und der künftigen Verhandlungen, die das Reichsministeramt auf Grund der neuen Vorschläge zu machen hat, wird abzuwarten sein, eine positive Stellung zur neuen Bildung des Reichsindex genommen werden kann. Die Arbeitnehmer können auf keinen Fall mehr bilden, daß die Unternehmer einen unzureichenden Inder des

